

BÜRGERSCHAFTSWAHLEN AM 14. MAI 2023

Wahlprüfsteine 2023, Teil 2

Liebe Kolleg:innen,

am 14. Mai 2023 finden die Bürgerschaftswahl in Bremen und die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven statt. Als größte Interessenvertretung für Beschäftigte im Bereich der Inneren Sicherheit arbeiten wir täglich für eure Interessen. Auf den folgenden Seiten findet ihr vom GdP-Landesvorstand ausgewählte Themen, die wir vorrangig von der Politik bearbeitet wissen wollen. Die ausgewählten Wahlprüfsteine der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Bremen, sind nicht abschließend. Die Parteien, die seit 2019 mit Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertreten sind, haben sich gemeinsam darauf verständigt, nicht mehr als zehn Fragen zu beantworten. Daher handelt es sich hier nicht um eine abschließende Aufzählung unserer Wahlprüfsteine. Unsere weiteren Themenfelder werden und haben wir bereits bei den politischen Vertretern der Parteien angesprochen.

Wir kämpfen für euch als GdP an vielen unterschiedlichen Fronten. Täglich sind wir in Gesprächen, um eure Interessen und Forderungen auf den politischen Tisch zu legen. Wir werden vom politischen Gegenüber ernst genommen und gehört. Das werden wir aufgrund unserer Mitgliederstärke, also durch euch! Als Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Bremen – werden wir aktiv im Wahlkampf für die Interessen unserer Mitglieder mitmischen, ohne dabei eine Wahlempfehlung abzugeben.

Auf den folgenden Seiten ist der zweite Teil der Wahlprüfsteine 2023 mit fünf Fragen und den jeweiligen Antworten abgedruckt. In der April-Ausgabe hatten wir bereits die ersten fünf Fragen mit den jeweiligen Antworten veröffentlicht.

Es ist ganz wichtig, dass alle Wahlberechtigten Bremer:innen und Bremerhavener:innen wählen gehen und somit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Es zählt jede Stimme! Und denkt dran: Es ist kein Weg, wenn man nicht wählen geht.

Der Landesvorstand

6. Versorgungsbezüge anheben

Bremen hat die Versorgungsbezüge in den vergangenen Jahren kontinuierlich von der

Entwicklung in Bund und Ländern abgekoppelt. Ausgehend von vergleichsweise geringen Besoldungsbezügen und der Streichung des Weihnachtsgeldes für Versorgungsempfänger, reduziert sich die Versorgung in Bremen weiter durch einen Abschlag von 0,4 Prozent und um einen 10 Prozent niedrigeren Beihilfebemessungssatz und sinkt damit auf den im bundesweiten Vergleich letzten Platz. Selbst das Sterbegeld ist in Bremen vom Bund und allen anderen Ländern abgekoppelt und beträgt in Bremen nur noch das 1,35-Fache statt das 2-Fache.

Darüber hinaus gehen der Bund und immer mehr Bundesländer dazu über, die Polizeizulage wieder ruhegehaltstauglich zu gestalten, erkennen die vergleichsweise hohen Anforderungen an Polizeivollzugsbeamt:innen an, stellen sich damit verlässlich dar und verbessern ihr Image.

Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten auf einen bundesweiten Mittelwert anheben?



Es ist in keinem Fall akzeptabel, dass Bremer im Bundesvergleich so weit zurückliegt. Auch in einem Bundesland mit beschränkten finanziellen Mitteln müssen Spielräume für wichtige lebenslange Arbeit bestehen. Die CDU Bremen setzt sich seit Jahren für die Wiedereinführung der Ruhegehaltstauglichkeit der Zulage ein. Zudem wollen wir die Besoldung der Beamten des Landes Bremen mindestens an den Durchschnitt aller Bundesländer anpassen, das würde auch zu einer Erhöhung der Besoldungsbezüge führen. Hierfür müssen die finanziellen Mittel bereitgestellt werden.



Wir führen die Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage wieder ein. Gleichzeitig ist die Planstellenstruktur der Polizei so darzu-

stellen, dass eine Pensionierung mit mindestens A 11 grundsätzlich für alle Beamtinnen und Beamten möglich sein muss.

Weiterhin wollen wir die Unfallentschädigung für Beamte und Beamtinnen und die einmalige Entschädigung für Hinterbliebene deutlich anheben. Dabei muss das Gefahrenpotenzial, welchem sich die Kollegen und Kolleginnen täglich aussetzen, berücksichtigt werden.



Die Beamtenversorgungsbezüge wurden ebenfalls zum 1. Dezember 2022 erhöht.



Die Linke hält die 2006 geschaffene Konkurrenz der Bundesländer und des Bundes bei der Besoldung und Versorgung der Beamt*innen für einen großen Fehler. Die Angleichung der Versorgungsbezüge an den bundesweiten Mittelwert der Länder ist für uns wichtig. Das wollen wir durch eine stufenweise Anpassungsstrategie erreichen.



Wir Freien Demokraten fordern, die Besoldung der Bremer Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten auf das Hamburger Niveau anzuheben. Hierzu sind die Abschläge und der Beihilfebemessungssatz entsprechend anzupassen.

7. Personalstärke bei der Polizei in Bremen und Bremerhaven

Die Personalstärke bei der Polizei muss aus unserer Sicht neu berechnet werden, da der vorhandene Personalkörper nicht ausreichend ist, um alle erforderlichen Aufgaben zu erfüllen. Bei der Neuberechnung müssen Altersabgänge und prognostische Elternzeiten eine angemessene Berücksichtigung finden. Es darf



dabei nicht dazu kommen, dass die Innere Sicherheit an die politischen Sparzwänge gekoppelt und dadurch gefährdet wird.

So ist es auch erforderlich, dass Bremen als Ausbildungsstandort für den Polizeiberuf attraktiver wird. Dazu gehört neben der guten Ausbildung, die bei uns geleistet wird, auch eine adäquate Raumausstattung an der HfÖV sowie in den weiteren Ausbildungsliegenschaften.

Welche Anzahl an Polizeibeschäftigten hält Ihre politische Partei in Bremen und Bremerhaven für notwendig? In diesem Zusammenhang: Sind Sie bereit, in die Verbesserung der Ausbildungsliegenschaften zu investieren?



Wir wollen eine zusätzliche Einstellungs offensive bei der Polizei im Land Bremen. Die Erhöhung der Zielzahl in der Stadtgemeinde Bremen auf mindestens 3.000 bis 2027 und in Bremerhaven auf mindestens 580 Polizistinnen und Polizisten soll festgeschrieben werden. Unabhängig von der Frage der angestrebten Zielzahl, wird es aber vor allem darum gehen, die vorhandenen Stellen in der nächsten Legislatur auch tatsächlich zu besetzen, s. dazu auch die Antwort auf Frage 2. Die Ausbildung muss selbstverständlich in angemessenen Räumlichkeiten stattfinden, hier bietet auch das Programm zur energetischen Gebäudesanierung eine Chance, den vorhandenen Sanierungsstau abzubauen.



Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode durch konsequente Ausbildungs- und Einstellungszahlen die Voraussetzungen dafür schaffen, so schnell wie möglich eine Zielzahl von 3.100 Vollzeitstellen bei der Polizei Bremen und 580 Vollzeitstellen in Bremerhaven zu erreichen.

Eine gute Ausbildung ist die Grundlage für erfolgreiche Polizeiarbeit. Wir werden die Hochschule für öffentliche Verwaltung zu einer Hochschule für Polizei und Sicherheit weiterentwickeln. Dafür wollen wir sie dem für die Polizei zuständigen Innenressort zuordnen und ihre Leistungsfähigkeit weiter ausbauen.



Wir wollen die Zahl der Polizeibeamt*innen in Bremen bis zum Jahr 2025 auf 2.900 erhöhen. Wir wollen auch die Ortspolizeibehörde Bremerhaven zunächst auf 560 Beamt*innen aufstocken und als angemessene Zielzahl für Bremerhaven perspektivisch 580 Beschäftigte festschreiben und einen entsprechenden Aufbaupfad entwickeln.

Was die Ausbildungsliegenschaften der Hochschule für Öffentliche Verwaltung angeht, so sollen mittelfristig wieder sämtliche Polizeianwärter*innen direkt in Bremen ausgebildet werden können. Dazu bedarf es insbesondere der weiteren Sanierung und Ertüchtigung der Ausbildungsgebäude am Standort Huckelriede am Niedersachsendamm. In den vergangenen Jahren wurden bereits unter anderem die Sporthalle auf dem Gelände Huckelriede und das Schießausbildungszentrum saniert. Sie befinden sich jetzt technisch auf dem neuesten Stand, um eine optimale Ausbildung zu gewährleisten.



Die Polizei hat aktuell zu wenig Personal. Die aktuellen Zielzahlen werden allerdings dank der Bemühungen der Koalition in absehbarer Zeit erreicht. Wir unterstützen eine erhöhte, ausreichende und langfristige Ausbildungsplanung. Gleichzeitig muss die Qualität der Ausbildung abgesichert werden. Bevor neue Zielzahlen verankert werden, muss die HfÖV ausgebaut werden.

Die Linke setzt sich für weitere Maßnahmen zur Arbeitsentlastung ein. Dazu gehört eine bessere politische Steuerung der Schwerpunktarbeit und die Forcierung der Arbeitserleichterung durch digitale Unterstützung.



Wir setzen uns für eine Erhöhung der Zielzahl auf 3.300 in Bremen und auf 580 in Bremerhaven bis 2028 ein. Damit wollen wir die Zahl der unbearbeiteten Fälle und die Überstunden abbauen, um die Durchsetzung des geltenden Rechts zu verbessern. Nach unse-

ren Berechnungen sind hierzu in Bremen bis 2028 etwa 270 Neueinstellungen pro Jahr erforderlich. Das wollen wir erreichen, indem wir die hohe Anzahl der Neuanwärter versteigen und den Polizeiberuf attraktiver machen – etwa mit einer höheren Besoldung. Eine Verbesserung der Ausbildungssituation und entsprechende Investitionen in die Ausbildungsstandorte sind hierfür unabdingbar. Wir sind uns bewusst, dass diese Zahl ambitioniert ist, aber angesichts der Tatsache, dass Bremen das Bundesland mit der zweithöchsten Kriminalitätsrate nach Berlin ist und immer mehr Aufgaben hinzukommen und in Zukunft hinzukommen werden (Hauptbahnhof, Encrochat u. ä.) halten wir eine deutlich höhere Zielzahl für erforderlich.

8. Unterstützung Nichtvollzug bei der Polizei

Mittlerweile hat die Polizei Bremen in vielen Bereichen Unterstützung von Kollegen im Nichtvollzug bekommen. Im Gegensatz zu Vollzugsbeamten ist die berufliche Weiterentwicklung bei den Kollegen im Nichtvollzug bisher nicht verlässlich geregelt.

Wie gedenken Sie für diesen Bereich eine Regelung zu finden und die Polizei Bremen bei der Umsetzung zu unterstützen?



Die Unterstützung der Polizei gerade im Nichtvollzug ist wichtig, um die angestrebten Zielzahlen schneller zu erreichen und die verlässliche Polizeiarbeit im Land Bremen zu gewährleisten. Sei es bei der Abarbeitung der riesigen Aktenhalde, der Bekämpfung von Clankriminalität, Kindesmissbrauch oder der Organisierten Kriminalität, auch im Bereich des Drogenhandels. Wir wollen verstärkt unbefristet in den Nichtvollzug einstellen und dieses zusätzliche Personal für Aufgaben wie das Überwachen von Personen in Arresträumen oder Krankenhäusern, als „Welcome Manager“ in den Dienststellen zur Anzeigenaufnahme, im Objektschutz, bei verkehrsregelnden Maßnahmen oder auch im Bereich der Ermittlungen bei der Kriminalpolizei (Techniker, Ingenieure, IT-Fachleute, Juristen etc.) einsetzen. Den Mitarbeitern im Nichtvollzug muss genauso wie den Vollzugsbeamten eine Zukunftsperspektive geboten werden, was die Beförderungsmöglichkeiten betrifft – dafür machen wir uns stark.



Wir wollen ein fachübergreifendes Karriereaufkonzept bei der Polizei einführen. Bei den Funktionen, bei denen es sich um die Übernahme von hoheitlichen Aufgaben handelt und die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen der Bewerber und Bewerberinnen gegeben sind, wird eine spätere Verbeamtung angestrebt.



Wir wollen die Polizeivollzugskräfte konsequent von Aufgaben entlasten, die auch vom Ordnungsdienst oder von zusätzlichen Tarifbeschäftigten erledigt werden können. Insbesondere bei der Kriminalpolizei sehen wir hier noch Potenziale. Zum einen wollen wir den direkten Einstieg in die Kriminalpolizei nach erfolgreichem Abschluss der Polizeiausbildung erleichtern. Ob die in Hamburg geplante Einführung des Berufsbilds „Kriminalassistent“ auch ein Weg für Bremen sein kann, wollen wir mit der Polizei und den Polizeigewerkschaften diskutieren.



Polizeiliche Aufgaben sollen idealerweise von Vollzugsbeamten*innen wahrgenommen werden, teilweise kann der Einsatz von Angestellten, etwa in technischen Bereichen, sinnvoll sein. Die Linke wird sich an gemeinsamen Regelungen mit der Polizei in Bremen und Bremerhaven beteiligen, die die Unterstützung durch Nichtvollzugskräfte bei der Polizei genau regeln, damit nicht auf Kosten der Bediensteten Arbeitnehmer*innenrechte ab- und Versorgungsleistungen zurückgebaut werden.



Wir wollen die Polizistinnen und Polizisten von aufgabenfremdem und bürokratischem Ballast befreien, indem wir überprüfen,

welche Aufgaben weiterhin von Polizistinnen und Polizisten durchgeführt werden müssen und welche Aufgaben auch das Verwaltungspersonal oder das Ordnungsamt übernehmen kann. Dementsprechend wollen wir auch den Ordnungsdienst weiter aufstocken. In Bremerhaven haben wir dies in Regierungsverantwortung bereits umgesetzt.

9. Reduzierung der Arbeitszeit

Es ist anerkannt, dass verschiedene Dienste im Polizeidienst zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. So gibt es eine Vielzahl von arbeitsmedizinischen Studien, die klar belegen, dass dauerhaft geleisteter Schichtdienst sich nicht nur insgesamt negativ auf die Gesundheit auswirkt (Schlafstörungen, psychische Erkrankungen, psychosomatische Folgeerkrankungen), sondern letztlich die Lebenserwartung reduziert. Auch psychisch anspruchsvolle Tätigkeiten, wie z. B. im Bereich der Kinderpornografie, führen zu ähnlichen körperlichen Störungen und dürften sich daher langfristig ähnlich auswirken.

Wie und in welchem Umfang wollen Sie die gesundheitlichen Belastungen im Polizeivollzugsdienst durch eine Reduzierung der Arbeitszeit ausgleichen?



Wir erkennen die hohe Belastung der Einsatzkräfte gerade im Schichtdienst durchaus an. Für solche fordernden Tätigkeiten werden daher Schichtzulagen gewährt. Diese Zulagen wollen wir mindestens auf den Bundesschnitt anheben. Zudem wollen wir die Einführung der Erschwerniszulage für die Polizistinnen und Polizisten, die im Bereich der Bearbeitung von Kinderpornografie und Kindesmissbrauch zuständig sind.

Für eine Reduzierung der Arbeitszeit sehen wir derzeit keinen Spielraum, diese müsste zudem bundeseinheitlich geregelt werden.



Wir stärken die Gesunderhaltung im Schicht- und Bürgerdienst durch flexible Arbeitszeitmodelle und moderne Arbeitsplatzausstat-

tung. Die Einsatzkräfte von der Polizei setzen sich täglich der Gefahr von großen psychischen und physischen Belastungen aus. Daher wollen wir die Angebote zur Nachsorge bei traumatisierenden Einsatzen und deren Spätfolgen weiter ausweiten.



Wir machen uns generell stark für flexible Arbeitszeitmodelle wie die 4-Tage-Woche und den 6-Stunden-Tag. Mit der Einführung von Wahlarbeitszeiten zwischen 30 und 40 Wochenstunden soll Vollzeit neu definiert und zu einem flexibleren Arbeitszeitkorridor umgestaltet werden. Beschäftigte sollen ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen können, je nachdem, was die Lebensumstände gerade erfordern. Perspektivisch ist unser Ziel, dass die 30-Stunden-Woche in der Arbeitswelt zur neuen Vollzeit wird.

In Bezug auf den Polizeivollzugsdienst legen wir ein besonderes Augenmerk auf extrem belastende Tätigkeiten wie die Bearbeitung von Sexualdelikten im Fachkommissariat K32. Hier muss es mit der eingeleiteten Personalaufstockung auch darum gehen, den einzelnen Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, ruhigen Gewissens mehr Erholungs- und Supervisionsangebote in Anspruch zu nehmen, ohne befürchten zu müssen, dass dringend zu bearbeitende Vorgänge liegen bleiben.



Kurzfristig sehen wir angesichts der vielen Überstunden keine realistische Möglichkeit, die Wochenarbeitszeit grundsätzlich zu reduzieren, allerdings sollte angesichts der in dieser Legislatur verbesserten Personalsituation diese Lösung nicht in allen Fällen von vornherein ausgeschlossen werden. Grundsätzlich setzt sich Die Linke für eine Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich auch für Beamte ein.



Dank des unermüdlichen Einsatzes von Tarifbeschäftigten sowie Beamtinnen und



Beamten der Polizei weit über ihr Pflichtpensum hinaus, ist es trotz des Personalmangels gelungen, ein Mindestmaß an innerer Sicherheit im Land aufrechtzuerhalten. Dass dies auch mit gesundheitlichen Risiken einhergeht, ist ein unhaltbarer Zustand. Entlastung ist dringend geboten. Um die Mitarbeitergesundheit zu erhalten, sollte es möglich sein, Überstunden durch zeitnahen Freizeitausgleich abzubauen. Ist dies nicht möglich oder gewünscht, sollten sie optional ausbezahlt werden. Um das Problem an der Wurzel zu lösen, setzen wir uns für mehr Personal ein. Im Bereich der psychisch sehr belastenden Ermittlungen im Bereich der sexuellen Gewalt gegen Kinder wollen wir den Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Entlastung der Beamtinnen und Beamten prüfen.

10. Zulagen

Zulagen klaffen bundesweit deutlich auseinander, wobei in Bremen Ansprüche und Höhe oftmals hinter dem Bund und den anderen Ländern zurückbleiben. So berücksichtigt die normale Besoldung die besonderen Anforderungen der mit vollzugspolizeilichen Aufgaben betrauten Polizeibeamten und -beamtinnen nicht ausreichend und muss mit einer Polizeizulage ausgeglichen werden. Leider zahlt Bremen immer noch den geringsten Betrag von 127,38 Euro. Wäre die Dynamisierung nicht ausgesetzt worden, würde die Zulage heute 168,45 Euro betragen. Da weiterhin unabhängig von Laufbahn, Statusamt und Funktion alle Polizeibeamten und -beamtinnen dauerhaft belastet werden, wird die Polizeizulage vom Beamtenverhältnis auf Widerruf bis zum Ruhestand gezahlt. Und weil die Polizeizulage das ganze Berufsleben lang gezahlt wird, ist sie natürlich auch Teil des Lebensinkommens und muss daher ruhegehaltfähig sein.

Des Weiteren müssen zeitlich begrenzte besondere psychische und physische Belastungen, insbesondere wenn sie zu finanziellen Nachteilen der hier tätigen Polizeivollzugsbeamten führen, für die Dauer der Tätigkeit zusätzlich ausgeglichen werden.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um eine funktionsgerechte Besoldung sicherzustellen, die im bundesweiten Vergleich geeignet ist, qualifizierten

Nachwuchs für eine Karriere bei der Polizei Bremen zu gewinnen und dauerhaft zu binden?



Wir halten es für notwendig, die Besoldung der Polizeibeamten des Landes Bremen zumindest auf das Mittelfeld aller Bundesländer anzupassen. Hierfür müssen die finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage ist seit Jahren eine Forderung der Bremer CDU, für die wir uns weiter vehement einsetzen werden. Zudem wollen wir zum einen die allgemeine Polizeizulage an die Höhe der Feuerwehruzulage angleichen, zum anderen die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage sowie die Einführung der Erschwerenszulage für die Polizistinnen und Polizisten, die im Bereich der Bearbeitung von Kinderpornografie und Kindesmissbrauch zuständig sind. Bedienstete der Polizei sollen stets entsprechend ihres Dienstpostens und der ausgeübten Funktion entlohnt werden und Beförderungen regelhaft erfolgen.



Wir streben eine kontinuierlich hohe Anzahl an Beförderungen und Hebungen an, wobei die Zielzahl und kontinuierliche Hebungen sowie Beförderungen getrennt betrachtet und realisiert werden sollen. Dies wurde in den letzten Jahren bereits konsequent durchgeführt und resultierte jährlich in über 160 Hebungen.

Dazu werden wir die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder einführen.



Grundsätzlich soll dort, wo der Polizei neue Aufgaben zugeteilt werden oder die Komplexität von polizeilichen Aufgaben steigt, mehr Geld für Personal zur Verfügung stehen. Daneben wollen wir den direkten Einstieg in die Kriminalpolizei nach erfolgreichem Abschluss der Polizeiausbildung er-

leichtern. Zur Erhöhung der Attraktivität Bremens als Arbeitgeberin wollen wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern – durch die Ermöglichung von Homeoffice und Telearbeit in geeigneten Bereichen. Die Gesundheit der Beamt*innen wollen wir besser schützen. Neben den vielen positiven Seiten des Berufs sind Polizist*innen häufig extremen Belastungen und Situationen ausgesetzt. Wir wollen deshalb die Nutzung von Supervision ausweiten. Denn sie trägt dazu bei, die mentale Gesundheit der Beamt*innen zu schützen und das eigene Verhalten zu reflektieren. Auch die Programme „Grenzgang & Kraftraum“ werden wir ausbauen.



Die Linke setzt sich für eine funktionsgerechte und amtsangemessene Besoldung auf Basis der aktuellen Stellenbewertung ein. Wir sind außerdem für eine grundlegende Reform der Zulagen, die einen wesentlichen Teil der Besoldung ausmachen, unter der Voraussetzung, dass dadurch niemand schlechtergestellt werden darf. Unsere Kernforderungen sind die Dynamisierung, die Ruhegehaltsfähigkeit, die Vergleichbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit.



So sinnhaft der Polizeiberuf ist, bei der Berufswahl schauen junge Menschen immer auch auf Besoldung und Aufstiegschancen. Wir Freien Demokraten fordern, die Besoldung der Bremer Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten auf das Hamburger Niveau anzuheben. Unser Polizeipersonal braucht außerdem eine klare Karriereperspektive – Leistungsbewertungen und Beförderungsentscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Die Freie Heilfürsorge für die Beamtinnen und Beamten muss auch zukünftig verlässlich abgesichert werden. Ansonsten gilt auch hier dasselbe wie bei Frage 6: Die Besoldung der Bremer Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ist auf das Hamburger Niveau anzuheben und die Abschlüsse und der Beihilfebemessungssatz entsprechend anzupassen. ■



Die GdP Bremen begrüßt 74 neue Anwärt:innen!

#wirhabeneuchewartet

Jan de Vries

Vorsitzender Junge Gruppe (GdP) Bremen

Am 3. April 2023 konnte die Polizei Bremen 74 neue motivierte Kolleg:innen auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei begrüßen.

Wie bei jedem Einstellungstermin sind wir als GdP früh aufgestanden, um bei der Begrüßung anwesend zu sein, Kaffee zu reichen und die ersten Fragen zu beantworten.

Neu ist in diesem Jahr, dass frisch beigetretene Mitglieder aus dem Bereich der Ausbildung ein exklusives Begrüßungspaket bei der GdP erhalten. Hierzu zählen eine praktische Einsatztasche mit dem beliebten #hansecops-Patch, ein modischer #hansecops-Pullover und das Bremer Landesrecht, welches in der Hochschule benötigt wird.

Bereits bei der Einstellung konnten wir die ersten Mitglieder gewinnen und freuen

Das Begrüßungskomitee



uns sehr, diese in unseren Reihen begrüßen zu können. Wir wünschen drei spannende und interessante Jahre in der Ausbildung



Das exklusive Begrüßungspaket

und freuen uns schon, euch als fertige Polizist:innen in Empfang nehmen zu können. #hansecops ■

Fotos: GdP Bremen

Junge Gruppe (GdP) Bremen trifft Innensenator Mäurer (SPD)

Den Polizeiberuf attraktiver gestalten und digitalisieren

Jan de Vries

Vorsitzender Junge Gruppe (GdP) Bremen

Am 15. März 2023 trafen sich Mitglieder der Jungen Gruppe (GdP) Bremen und der Landesvorsitzende Nils Winter mit dem Innensenator Herrn Mäurer und dem Leiter der Abteilung 3 beim Senator für Inneres, Herrn Dr. Heinke.

Von uns wurden mehrere Themen mitgebracht, die uns als junge Polizist:innen derzeit bewegen. Als größtes Thema wurde die Digitalisierung angesprochen, bei der wir als Junge Gruppe noch großen Aufholbedarf se-

hen. Wir forderten hierzu die schnelle Verteilung von bereits angeschafften Smartphones an alle Kolleg:innen im 110-Prozess. Verbunden war dies mit der Forderung, die Smartphones auch entsprechend mit der notwendigen Software auszustatten, um im Einsatz die gängigen Abfragesysteme bedienen zu können. Hierzu äußerte Herr Mäurer, dass bis zum Sommer die Smartphones in die Fläche verteilt werden sollen. Wir werden dies weiter im Auge behalten und auch die Entwicklung der Software gespannt beobachten.

Um den Polizeiberuf weiterhin attraktiv zu gestalten, sprachen wir über einen DirektEinstieg in die Kriminalpolizei. Nach unserer Auffassung könnten sich so mehr

junge Menschen angesprochen fühlen, eine Karriere bei der Polizei anzufangen, auch wenn sie sich hauptsächlich für den Bereich der Kriminalpolizei interessieren. Damit einhergehend würde grundsätzlich im Bereich der Aussteuerung nach dem Studium eine Umstrukturierung stattfinden müssen. Es könnte mehr Rücksicht auf die Interessen junger Berufsanfänger:innen genommen werden und diese müssten nach kurzer Zeit, aufgrund nachrückender Jahrgänge, nicht mehr zwangsweise ihre Dienststelle verlassen, auf der sie sich bereits notwendiges Fachwissen aneignen konnten.

Ein weiterer Baustein in der Attraktivität der Polizei ist die angemessene Bezahlung.



Innensenator Mäurer (Mitte) mit Mitgliedern der Jungen Gruppe und dem GdP-Landesvorsitzenden Nils Winter (rechts)

Durch die Junge Gruppe wurde die Polizeizulage angesprochen und eine Erhöhung und Ruhegehaltsfähigkeit gefordert, damit die Polizei Bremen im Vergleich mit anderen Bundesländern als attraktiver Arbeitgeber mithalten kann.

Zu einer modernen Polizei gehört unserer Ansicht nach auch eine moderne Ausstattung. Durch stetig steigende Preise sind auch neue Bekleidungsstücke deutlich teurer geworden. Das Bekleidungs-geld ist gleichzeitig nicht erhöht worden. Damit sich unsere Kolleg:innen auch mit der neuen Dienstbekleidung ausstatten können, forderten wir eine Erhöhung des

Bekleidungs-geldes. Zum Abschluss des Gesprächs lud uns Herr Dr. Heinke zu einem weiteren Gespräch mit ihm ein. Die-

ses Angebot werden wir selbstverständlich annehmen und halten euch auf dem Laufenden. ■



Fotos: GdP Bremen

Internationaler Frauentag

Siggi Holschen

Landesfrauengruppe

In diesem Jahr hatte sich die Frauengruppe etwas Besonderes für alle weiblichen Beschäftigten des Landes Bremen (Polizei, Stadtamt, Bürgeramt, Ausländeramt, Magistrat der Stadt Bremerhaven ...) ausgedacht.

Deshalb war es unser Ziel, die Kolleginnen an diesem Tag auch besonders zu ehren. Susanne Wiedemann entwarf kreativ ein Logo für die Landesfrauengruppe, welches dann 500-mal gedruckt wurde. Das war jedoch erst der Anfang.

In mühevoller Kleinarbeit zauberten sechs Freiwillige am Sonntag vor dem 8. März daraus die 500 Give-aways.

Dass Frauen Logistik gepaart mit Dynamik perfekt beherrschen, zeigte sich in der raschen Verteilung an viele Dienststellen in Bremen und Bremerhaven.



Fotos: GdP Bremen



Am 8. März hieß es dann für viele Kolleginnen, früh aufzustehen, Überstunden abzufeiern und die Give-aways den Kolleginnen zu überreichen. Schön war es zu erkennen, dass alle Kolleginnen von dieser Aktion in Bremerhaven und Bremen total freudig überrascht waren.

Die Arbeit und das frühe Aufstehen hatten sich also gelohnt.

Doch das war noch nicht alles an diesem Tag. Danach ging es weiter zum Marktplatz. Dort stellten sich fünf Politikerinnen an einzelnen Tischen den Fragen der Frauen. Die GdP hatte Maike Schäfer als Gast. Bevor es zu Fragen und anschließenden Diskussionen kam, erschien Nils Winter und überreichte den Kolleginnen der GdP und Maike Schäfer je eine Rose und dankte allen für die geleistete Arbeit.

Die Diskussionen mit Maike Schäfer verliefen sehr angenehm. Wir hoffen natürlich,

dass unsere Kritikpunkte nicht nur registriert, sondern auch in ihrer Bedeutung entsprechend ernst genommen werden.

Logischerweise waren wir auch ständig in Kontakt mit Kolleginnen in Bremerhaven und wussten demzufolge, dass auch dort der Tag ein voller Erfolg war. ■



Gut gelaunte Frauen!





Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe 2023, Landesjournal Bremen, ist der 3. Mai 2023

Artikel bitte mailen an: klossi@onlinehome.de



Johannes Rademann feiert 100. Geburtstag!

Heinfried Keithahn

Am 8. April feierte unser Mitglied Johannes Rademann in Geestland seinen 100. Geburtstag.

Die Familie und Freunde hatten sich eingefunden, um diesen besonderen Anlass gebührend zu feiern. Für die Gewerkschaft der Polizei überbrachten Heinfried Keithahn und Werner Volkmann vom Vorstand der Seniorengruppe die Glückwünsche.

Johannes Rademann hat im Laufe der Zeit so viel erlebt und durchgemacht. Er hat immer gezeigt, dass das Alter keine Barriere

für das Leben ist, sondern vielmehr eine Gelegenheit, das Leben aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Ungebrochen ist sein Einsatz für Freunde und Bekannte. Wir bewundern seine Weisheit und sein Wissen und schätzen seine Erfahrung.

Es war ein unvergesslicher Tag voller Freude und Erinnerungen, der allen Anwesenden noch lange im Gedächtnis bleiben wird. Wir wünschen Johannes Rademann noch viele weitere glückliche und gesunde Jahre. ■

Foto: GdP Bremen



Herzlichen Glückwunsch zum 100. Geburtstag, lieber Johannes Rademann (Mitte)

BOWLEN MIT DEN VERSORGERN

Versorgen ist der direkte Kontakt zu den Kolleg:innen – eine Herzensangelegenheit

Jan de Vries

Vorsitzender Junge Gruppe (GdP) Bremen

Als GdP Bremen war es uns eine Herzensangelegenheit, bei den Versorgern Danke zu sagen.

Bei etlichen Fußballspielen, Demonstrationen, Großkontrollen oder anderen Großereignissen, haben sich unsere Versorger im letzten Jahr bei jedem Wetter auf den Weg gemacht, um unseren Kolleg:innen im Einsatz Kaffee, Kakao, Süßigkeiten und andere Kleinigkeiten zukommen zu lassen. Im Fokus steht hierbei auch immer das persönliche Gespräch vor Ort, bei dem wir wichtige Informationen für unsere Gewerkschaftsarbeit bekommen, aber gleichzeitig auch unsere Ergebnisse weitertransportieren können.

Um dieses beachtliche Engagement zu würdigen, haben wir unsere fleißigen Versorger zu einem gemeinsamen Bowlen mit anschließendem Abendessen eingeladen. So entstand ein netter Abend mit tollen Geschichten und vielen Ideen für die Zukunft.

Somit bleibt uns auch hier nur noch einmal deutlich zu sagen:

Danke für euer Ehrenamt! ■

Die fröhliche Bowlingrunde der fleißigen Versorger



Foto: GdP Bremen



Kreisgruppenbüro in Bremerhaven renoviert

GdP-Kreisgruppe Bremerhaven

Am 31. Januar 2023 wurden die Renovierungsarbeiten im GdP-Kreisgruppenbüro fertiggestellt. Neben einem Neuanstrich und Möbeln gab es auch das GdP-Symbol als Klebebanner (Foto).

Die Kreisgruppe freut sich über das renovierte Büro und hat die Chance genutzt, ein wenig zu entschlacken. Genau richtig zu den anstehenden Streikmaßnahmen konn-

ten die Mitglieder bereits die Räumlichkeiten nutzen und sich ein Bild von den abgeschlossenen Arbeiten machen.

Der geschäftsführende Landesvorstand wie auch die Seniorengruppe haben ebenfalls erste Sitzungen in den Räumen abgehalten.

Die enge und gute Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Fachgruppen und mit dem geschäftsführenden Landesvorstand ist ein wesentlicher Bestandteil erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit. Hier hat

die GdP Fachleute aus allen Bereichen und kann damit seinen Mitgliedern die beste Beratung zukommen lassen.

Ebenso arbeitet die GdP im DGB mit diversen anderen Fachleuten zusammen und bietet immer wieder qualifizierte Informationsveranstaltungen zu wichtigen Themen. Die Mitglieder werden zeitnah über diese Veranstaltungen informiert, die kostenfrei angeboten werden können. Jetzt laden wir, als Kreisgruppe, gerne wieder in unser Büro ein! ■

Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bremen fühlt sich motiviert – hier: Bremische Bürgerschaft

Nils Winter

Am 24. März 2023 tagte der Landesbeirat der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Landesbezirk Bremen.

Die 25 anwesenden Beiratsmitglieder haben den Haushalt beschlossen und anschließend u. a. über folgende Themen gesprochen:

- Bürgerschaftswahl in Bremen und Bremerhaven am 14. Mai 2023
- Aktuelle Tarifverhandlungen TvöD
- 60. Jubiläum der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bremen

Ganz wichtig waren außerdem die Berichte aus den Bereichen der Fach- und Personengruppen.

#gdpbremen #gdpbremerhaven #jungegruppebremen #gdpfamilie #gdpbund #hansecops #gdp_chef



Monatstreffen der Fachgruppe Senioren

Bremerhaven

Dienstag, 9. Mai 2023, 15:00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus

Bremen

Donnerstag, 11. Mai 2023, 15:30 Uhr, Grolander Krug

Der Bundesvorsitzende der GdP, Jochen Kopelke, wird teilnehmen.

Wir freuen uns über eine Teilnahme in Bremerhaven und Bremen. Schaut einfach mal vorbei, es lohnt sich.

Vorstand FG Senioren

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen